

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Schwanenstraße 30, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4088, 3. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierteljährliche Beilage oben: deren Raum 15 Pfg., für Sammlungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 193.

Mittwoch den 20. August 1902.

9. Jahrgang.

Siehe eine Beilage.

Politische Mandatswahl.

Deutschland.

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreise Jorchheim-Kulmbach wurden nach amtlicher Feststellung 15648 Stimmen abgegeben; hiervon erhielten Defonomiebesitzer Böllner-Schellenberg (Z.) 6099 Stimmen, Fabrikbesitzer Faber-Jorchheim (National-Liberal) 3946 Stimmen, Landwirt Weillboed-Hummendorf (W. d. L.) 3520 Stimmen, Malcermeister Deinhardt-Erlangen (S.D.) 1766 Stimmen. Unser im Wahlkreise verbreitetes Parteiorgan, die „Fränk. Tagespost“, proklamiert für die am 22. August stattfindende Stichwahl Stimmenthaltung; sie schreibt: „Unsere Parteigenossen haben nun nur eine Parole, an der auf's Strengste festgehalten werden muß: Stimmenthaltung bei Stichwahl. Herr Farber und Herr Böllner sind uns gleich wenig werth, sind Vordbertheurer, Förderer des Volkswuchers, sind Männer, die im Reichstage die Sozialdemokratie bekämpfen, somit die Interessen des arbeitenden Volkes schädigen werden. Wir überlassen es den Agrariern, zu wählen, wen sie unterstützen wollen.“

Reichstagskandidaturen. Die Wahlkreisconferenz des Schleswig-holsteinischen Wahlkreises beschloß einstimmig, den bisherigen Abgeordneten, Genossen v. Elm, für die nächstjährige Reichstagswahl wieder als Kandidat aufzustellen. — In Halle a. S. wurde Genosse Kunert in einer Versammlung, in der er über die Thätigkeit des Reichstages referirte, die Kandidatur für den Saalkreis einstimmig wieder übertragen. — In Nürnberg stellte eine von etwa 3000 Personen besuchte sozialistische Wählerversammlung als Reichstagskandidaten wieder den jetzigen Abgeordneten Dr. Suedekum auf. — Im Wahlkreis Hujum-Tondern wurde am Sonntag in einer Vertrauensmännerversammlung in Hujum der praktische Arzt Dr. med. Leonhart aus Kiel-Gaarden als Kandidat der freisinnigen Volkspartei für die nächste Reichstagswahl aufgestellt.

Bei den Ergänzungswahlen zum Gemeinderath in Mülhausen i. E. ging die Liste der vereinigten Sozialisten und Demokraten durch. Gewählt wurden 6 Sozialdemokraten und 5 Demokraten. Die Zahl der abgegebenen Stimmen beträgt 5513. Die Erwahlten erhielten zwischen 4814 und 4718 Stimmen. Die Wahlbetheiligung betrug 36 Prozent. Der Gemeinderath zählt nunmehr 18 Sozialisten und 18 Demokraten. Gegnerische Parteien sind in demselben nicht mehr vertreten!

Die unerträgliche Fleischvertheuerung. In dem Schweinemangel und der Schweinevertheuerung, unter der das deutsche Volk seit geraumer Zeit leidet, ist in den letzten Monaten, wie die „Allg. Fleisch-Ztg.“ schreibt, ein empfindlicher Mangel an Rindvieh hinzugekommen; so sind allein in Berlin im Juli dieses Jahres 1964 Rinder weniger geschlachtet worden als im demselben Monat des vorigen Jahres.

Aus dem Osten wie aus dem Westen, aus dem Norden wie aus dem Süden kommen die Nothrufe; in allen Theilen des Reiches herrscht die gleiche Noth, und überall fragt man sich sorgenvoll, wie das enden soll. In jedem Tage erhalten wir Klagebriefe von Meistern und Bauern. Schwache Erzeugnisse sind am Rande des Ruins, aber auch die größeren Meister können auf die Dauer diese Zustände nicht aushalten. In der Meiner Fleisch-Zeitung erklärten jüngst sehr bedeutende Meister, daß sie seit Jahren mit Unerschrockenheit arbeiten. Die letzte Zuflucht bleibt die Erhöhung der Fleischpreise, zu der auch in der That bereits in einigen Städten die Meister gedrängt worden sind. Aber abgesehen davon, daß bei Preiserhöhungen der Unruhe und Unzufriedenheit der Bevölkerung zunächst und hauptsächlich sich gegen die Meister wendet, die doch darob völlig unschuldig sind, und der Konsum in Folge dessen zurückgeht, ist dies kein Mittel, durch das der Fleischmangel behoben werden kann. Hilfe kann nur kommen, wenn man das Uebel an der Wurzel faßt und den Viehmangel beseitigt. Die deutsche Viehzucht ist eben nicht im Stande, den Bedarf zu decken. Die Vertheuerung der Agrarier, daß die Schweine- und Rindviehpreise sich erhöhen, hat sich, wie wir voraussetzten und nach dem Stande der Verhältnisse klar war, als eitel erwiesen. Das ist um so bemerkenswerther, als die Agrarier jetzt auch nicht in der Lage sind, den Verlusten durch die Maul- und Ruhrsüch die Schuld zuzuschreiben, die ja in Deutschland jetzt so weit zurückgegangen ist, daß der Landwirtschaftsminister glaubt, Maßnahmen zu ihrer vollständigen Ausrottung treffen zu können. An ernsthaften Reden und Unterstützungen aber hat gegenüber der Landwirtschaft hat es nicht gefehlt; aber was sie nach der Natur der Dinge nicht leisten kann, das wird sie nicht leisten, und wenn noch so viel künstliche Mittel angewendet werden. Ja, es ist zu befürchten, daß die Viehzucht in der Zukunft noch schwächer sein wird, nachdem die Landwirthe als Vieh, das nur irgend veräußert war, an den Markt gebracht haben. Stände man einem unabweisbaren Naturereignis gegenüber, so müßte und würde sich alle Welt ruhig hinhängen lassen. Aber die Erbitterung muß groß werden und alle Kräfte ergreifen, da man sieht, daß nur durch die

unberechtigte Grenzsperrung diese unheilvollen Zustände herbeigeführt sind. Es muß die Gemüther empören, daß das ganze Volk leiden und das alte ehrbare Fleischerhandwerk zu Grunde gehen soll lediglich aus Rücksicht auf die Taschen und den Eigennutz der Agrarier. Das Vorschützen der Seuchengefahr ist Lug und Heuchelei. Wenn einst die Geschichte unserer Lage geschrieben werden wird, so wird dies der schwärzeste Punkt darin sein, daß eine lediglich durch Tradition bei uns einflußreiche Clique von Großgrundbesitzern die Gesetzgebung und Verwaltung ausgenutzt hat, um durch Enttöschung der Thatsachen sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Unsere Hoffnung ist nicht mehr auf das Wohlwollen und die Gerechtigkeit der maßgebenden Kreise gerichtet; wir hoffen allein, daß die Gewalt der Thatsachen sie zwingen wird, die Grenzen für die Viehzucht wieder zu öffnen.

Das Fachblatt der Fleischer charakterisirt hier das agrarische Junkerthum in derselben Weise, wie wir es schon oft gethan haben; mögen die Fleischer und andere Handwerker aus dieser Erkenntniß die Folge ziehen, daß sie sich von den Agrariern und Künstlern lossagen müssen, und mögen sie bei den Wahlen des nächsten Jahres an ihrem Theile dafür sorgen, daß wir einen Reichstag erhalten, welcher wirklich die Interessen des Volkes, nicht die einer einflußreichen Clique von Großgrundbesitzern vertritt.

Zum Fall Böhnig. Die offiziöse Verlautbarung des Finanzministers v. Rheinbaben über den Fall Böhnig hat an keiner Stelle befriedigt. Niemand ist geneigt, den entschuldigenden Hinweis auf die preussischen Verwaltungsgrundzüge gelten zu lassen, und die Dertel'sche „Deutsche Tagesztg.“ z. B. meint, wenn die Finanzverwaltung weiter nichts zu sagen habe, so hätte sie süchtig weiter schweigen können. Die linksfreisinnige „Berl. Ztg.“ nennt die Erklärung Rheinbabens in der „Norddeutschen Allgem. Ztg.“ sogar „eine glatte Irreführung der öffentlichen Meinung“. Herr v. Rheinbaben habe in sehr unglücklicher Stunde den Entschluß gefaßt, sich vor der Öffentlichkeit darauf hinauszureden, „daß die den Intentionen der Staatsregierung direkt zuwiderlaufende Haltung Böhnigs in der Polenpolitik für seine Verletzung in den Ruhestand entscheidend gewesen ist“. Und sehr unglücklich werde für ihn die Stunde werden, wo er es vor dem Landtage unternehmen will, den Nachweis für diese Behauptung zu führen. Auf Grund des ihm zur Verfügung stehenden Materials über die Angelegenheit will das Blatt heute schon mit apodiktischer Sicherheit sagen können, daß dem Finanzminister dieser Nachweis nicht gelingen wird und daß die Hinrichtung, die an Herrn Böhnig, dem ungelieblichen Störer der Polenpolitik, der Regierung, vornehmen will, für ihn selber eine Hinrichtung werden wird. Böhnig, der in seiner Eigenschaft als Provinzial-Steuerdirektor mit der Polenpolitik der Regierung amtlich nicht das Geringste zu thun hatte, hat sich, wie der „Berl. Ztg.“ zuverlässig versichert wird, nichts weiter „zu Schulden kommen lassen, als daß er im Kreise von Freunden und Bekannten, bei privatem Gedanken-austausch mit Männern seines geselligen Verkehrs hinsichtlich des Breschener Vorfalles und des Thorner Gymnasialisten-Prozesses gesagt hat: „So kommen wir nicht weiter!“ Herr Böhnigs ganze Sünde bestand darin, daß er mit dieser im engen Kreise von lauter Freunden der Germanisirung Polens angebrachten Kritik der Regierungsmaßnahmen sich selber als einen warmen Befürworter verständigiger Germanisirungspolitik bekundet hat. Durch die Denunziationen des Oberregierungsrats Gesch, welche durch die Verlobung des Herrn Böhnig mit der Feldwebelstochter veranlaßt wurden, mag dann freilich bei dem Minister der Glauben erweckt worden sein, es werde sich dem Provinzial-Steuerdirektor, der so vernessen gewesen war, sich wieder den heiligen Geist der Kasse zu versündigen, ein Strich aus den betreffenden Verurtheilungen drehen lassen. In Wahrheit aber war für die Pensionirung des Herrn Böhnig nichts weiter „entscheidend“ als seine Verlobung mit dem tugendlichen Fräulein Coccius.

Der 13. deutsche Mechanikertag über den Zolltarif. Die Gesellschaft für Mechanik und Optik, jene Unternehmer-Organisation, die durch das arbeiterfreundliche Wirken des bekannten Professors Abbe von Jena in derselben, die Öffentlichkeit wiederholt beschäftigt hat, hielt dieser Tage im Sitzungssaale des Stadtverordneten-Kollegiums in Halle a. S. ihre Generalversammlung ab. Die Mitgliederzahl ist seit der letzten in Dresden stattgehabten Versammlung von 516 auf 534 gestiegen. Die Theilnehmerliste der Tagung wies etwa 80 Personen auf. Ueber den Zolltarif-gesetzentwurf und die bisherigen Maßnahmen des Zolltarif-gesetzes gegenüber demselben referirte der Vorsitzende Dr. Krüß-Hamburg. „Seit Jahresfrist werde, so führte Medner aus, die Bevölkerung durch die Ansprüche der Agrarier und die Zurücksetzung anderer Erwerbsklassen in Aufregung gehalten. Schon die vorige Generalversammlung habe gegen den Zolltarif Stellung genommen und eine Petition an den Reichstag gesandt. Die von der Regierung zur Begründung

der Zollsätze vorgelegte amtliche Statistik sei vollständig unbrauchbar gewesen. Die Gesamtanfuhr war bedeutend höher als angegeben wurde. Allein die Firma Carl Reiß in Jena habe mehr Instrumente exportirt, als da insgesammt in der Vorlage vorgeesehen waren. Die Zollfreiheit sei eine Lebensfrage und erscheine notwendig, um Repressalien seitens des Auslandes zu verhüten. Von einem Wettbewerb des Auslandes kann gar keine Rede sein. Deutschland könne schon infolge der billigen Mechanikerlöhne erfolgreich operiren. Wenn man die deutsche Industrie schützen wolle, so sei der Zoll das aller schlechteste Mittel. Die Abgeordneten Gothein, Mollenbuhner seien am 7. August mit Erfolg für die Zollfreiheit gewisser wissenschaftlicher Instrumente eingetreten und der 13. Mechanikertag möge der Zolltarifkommission für den Beschluß am 7. August den Dank abtathen.“ — Die Versammlung war damit einverstanden und versprach, auch bei der Erneuerung der Handelsverträge ihren Einfluß geltend machen zu wollen.

Der Kampf zwischen den „Safen“ und „Raninchen“. Eine neue Polenvorlage soll nach den „Berl. Pol. Nachr.“ beabsichtigt sein, die allerdings keine finanzielle Forderung enthält, sondern die Verleihung von Stimmrechten für die Kreistage an Domänenpächter betrifft. Wenn die Anstiedelungskommission Besitzungen aus deutscher Hand erwerbe, gehe in der Regel die von dem Vorbesitzer geführte Wirkstimme auf dem Kreistage den Deutschen verloren. Mehrfach ungünstige Wirkungen seien zu befürchten, „wenn demnach auf Grund des 250 Millionen-Gesetzes mit Stimmrecht ausgestattete Rittergüter aus deutscher Hand vom Staate, sei es zur Einverleibung in seinen Domänenbesitz, sei es zum Zwecke späterer Auftheilung, angekauft werden. In diesen Fällen gehen die Wirkstimmrechte zwar nicht gänzlich verloren, sie ruhen aber in denjenigen Kreisen, in denen der Fiskus bereits mit einem stimmberechtigten Rittergute angelesen ist“.

Etwa 2000 Polen, darunter auch Frauen, hielten Sonntag in den „Germariasälen“ in Berlin eine Versammlung ab, in der die Polenpolitik der Regierung heftig kritirt und die laue Haltung des Zentrums und der polnischen Reichstagsfraktion getadelt wurde. Es wurde schließlich eine lange Resolution angenommen, die sich gegen die neue Polenpolitik ausspricht und das Festhalten an der Nationalität und die nationale Kindererziehung für eine heilige Pflicht erklärt. Mit einem dreimaligen Hoch auf die polnische Demokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Die wirthschaftliche Krise ist noch längst nicht überwunden, im Gegentheil: immer aufs Neue kommen Nachrichten von Betriebseinstellungen. So wird, wie jetzt in Berliner Blättern mitgetheilt wird, die chemische Fabrik Wuegeln bei Pirna, eines der größten chemischen Werke Sachsens, am 1. April kommenden Jahres ihren gesammten Betrieb einstellen. Als Ursache der Schließung wird direkt der wirthschaftliche Niedergang angegeben. Ferner haben die Rheinischen Anthrazit-Kohlenwerke wegen Mangels an Beschäftigung jeßzig Mann eingestellt. Wie die „Bresl. Zeitung“ erfährt, hat die „Redenhütte“ am Sonnabend den Betrieb gänzlich eingestellt.

Zur Krisis in der Kali-Industrie. Der preussische Fiskus hat auf den Stassfurter Kaliwerken 500 Arbeiter wegen Arbeitsmangels entlassen, auch auf den Solbawerken in Bernburg sind mehrere hundert Arbeiterentlassungen verfügt. Sämmtliche Kaliwerke waren bis zum Juni mit Aufträgen überhäuft. Der Zusammenbruch der Konjunktur ist ganz überraschend gekommen. — Die Schuld an der Krisis ist vor allem, wie wir erst dieser Tage ausführlich meldeten, bei der Leitung des Kali-Syndikats zu suchen, das verabsäumt hat, die Produktion zu reguliren und dadurch eine unglückliche Ueberproduktion herbeigeführt hat. In den Kali-Bezirken trifft die Krisis nicht nur die Arbeiter, sondern die gesammte erwerbsthätige Bevölkerung.

Ein kleiner Irrthum. Die „Corr. Dettbarn“ meldet, irrthümlich sei von der Polizei gelegentlich des Kaisertages in Mainz daselbst eine Dame festgenommen worden; weil sie sich angeblich „auffallend“ benommen haben sollte, glaubte ein Gendarm in ihr eine Anarchistin erblicken zu müssen und verhaftete sie. Auf der Polizeiwache sei die Festgenommene als eine Gräfin aus Berlin erkannt worden, die z. Bt. in Wiesbaden zur Kur weilte und wegen des Kaiserbesuches einen Ausflug nach Mainz unternommen hatte. Obgleich die Dame sofort wieder entlassen wurde, werde die Angelegenheit doch noch ein ministeriell-polizeiliches Nachspiel haben. — So weit die Korrespondenz Dettbarn. In den Mainzer Blättern scheint über die Affaire nichts veröffentlicht worden zu sein.

Oesterreich-Ungarn.

Auf dem Parteitage der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie in Ruffig referirte Sonnabend zunächst Gen. Ellenbogen über den österreichisch-ungarischen Ausgleich. Die Resolution, welche voll-

Händige politische und fiskalische Trennung beider Reichshälften fordert, wurde einstimmig angenommen. Ueber die parlamentarische Tätigkeit berichtete Bernerstorfer, über die Taktik Gen. Abler. In der Debatte wurde teilweise Kritik geübt wegen angeblicher Untätigkeit der Fraktion und Nichtanwendung der Obstruktion. Ferner wurde die alte Parteileitung wiedergewählt.

Die bekannte Prager Steckbrief-Affaire hat jetzt mit der Maßregelung der für schuldig befundenen Beamten ihre Erledigung gefunden. Der Leiter der Sicherheitsabteilung, Polizeirath Mlic, der zum Oberpolizeirath ernannt werden sollte, wird nicht befördert, vielmehr kommt Polizeirath Berboni von der Wiener Polizeidirektion als Oberpolizeirath nach Prag. Der schuldtragende Redakteur des „Polizei-Anzeigers“, Verwalter Wejcia, wird seines bisherigen Postens enthoben und einer anderen Abteilung als Kanzleibeamter zugeteilt.

Zusammenstöße zwischen Deutschen und Tschechen fanden am Sonntag gelegentlich eines tschechischen Turnfestes in Jglau (Mähren) statt. Die Deutschen waren erbittert darüber, daß die Tschechen, eine deutsche Stadt zu Demonstrationszwecken ausgewählt hatten. Die Erregung steigerte sich, als die Tschechen herausfordernd auftraten; es kam zu Prügeleien. Als die tschechischen Kapellen nationale Lieder spielten, sang die Menge vor dem Kaiser Joseph-Denkmal die „Wacht am Rhein“. Die Konflikte verschärften sich schließlich derart, daß die Polizei zur Aufrechterhaltung der Ruhe nicht mehr ausreichte und Militär herbeigerufen werden mußte.

Schweiz.

Der Züricher Kantonsrat hat die Kantonsratswahlen im Kreise Auserroth, wobei 27 Sozialdemokraten gewählt worden waren, kassiert, und zwar mit 174 gegen 14 Stimmen. — Unsere Parteigenossen werden es sicherlich nicht an Anstrengungen fehlen lassen, um bei den vorzunehmenden Neuwahlen den Kreis wiederum zu behaupten.

Frankreich.

Vom Kulturkampf. Die „Libre Parole“ veröffentlicht einen Brief an Francois Coppee, in welchem dieser aufgefordert wird, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, welche die Verweigerung der Steuerzahlungen zum Programm hat. Als einzige Folge käme eine gerichtliche Verfolgung in Betracht, zu welchem Zwecke eine Zentralstelle gegründet werden soll, welche die verhängten Geldstrafen bezahlt. In der Gemeinde Bezilla haben bereits 200 Einwohner beschlossen, die Steuern nicht zu entrichten. In Quimper trafen zahlreiche Vandale ein, um dem Generalrat eine Massenpetition gegen die Schließung der Kongregationschulen zu überreichen. Der Generalrat von Versailles nahm eine Resolution an, wonach die Regierung die Wiederöffnung der geschlossenen Schulen gestatten soll. Mehrere andere Generalräthe beschlossen dagegen, an die Regierung eine Adresse zu richten, worin dieselbe zu ihrer festen Haltung in der Ausführung des Vereinsgesetzes beglückwünscht wird. — In der Bretagne sind die letzten geistlichen Schulen am Montag geschlossen worden. Wie zu erwarten, leisteten die von den Pfaffen fanatisierten Bauern heftigen Widerstand. Aus Lesneven wird darüber berichtet: Montag Vormittag trafen fünfzig Gensdarmen zu Fuß und zu Pferde vor Ploudaniel, Besolgoet und St. Mées ein, die von der Bevölkerung mit Hochrufen auf die Freiheit und die Schwefeln empfangen wurden. Die Offiziere forderten die Bevölkerung und ihre Leute zur Ruhe und Kaltblütigkeit auf. Um 11 Uhr begann die bewaffnete Macht gegen die Schulen vorzugehen. In Ploudaniel war der Kommissar, der die geistliche Schule schließen sollte, von einem Schloffer und zwei Kompagnien Infanterie begleitet; es regnete in Strömen. Die Menge weigerte sich, den Kommissar durchzulassen, der sich daher genötigt sah, die in der Schule befindlichen zum Öffnen derselben anzufordern. Kein Mensch antwortete. Als der Schloffer versuchte, das Thor zu öffnen, wurde er von den Bauern im Schußgebäude mit Urath beworfen. Als weitere Aufforderungen zum Öffnen erfolglos waren, befahl der Kommissar den Arbeitern, ein Loch in die Mauer zu hauen. Von Neuem warfen die Bauern mit Urath und Steinen gegen die Arbeiter, den Kommissar und die Gensdarmen. Als der Kommissar versuchte, die Umfassungsmauer zu übersteigen, empfangen ihn die Bauern mit Stockschlägen. Die Bauern zündeten mit Petroleum getränkte Strohbündel an und schändeten sie auf Arbeiter, Kommissar und Soldaten. Der Kommissar mußte schließlich von Neuem zurückweichen; die weiß betrauten Bauern sangen währenddessen immerfort Chöre. Gegen 2 Uhr Nachmittags mußte der Kommissar unter fortwährendem Regen seine Versuche, in die Anstalt einzudringen, sogar gänzlich unterbrechen. In Besolgoet und St. Mées war der Widerstand ebenfalls sehr heftig. Erst nach zweitägigem Kampfe, in dem der Polizeikommissar leicht verwundet wurde, gelang es, die Schule in St. Mées zu schließen. Gleichfalls erfolgte später am Nachmittag dort auch die Schließung der Schulen in Besolgoet und Ploudaniel. — Wie dem „Temps“ aus Brézil gemeldet wird, weigerte sich Major Leroy Ladurie, welcher beauftragt war, mit einer Abteilung des 19. Infanterie-Regiments die Ausweisung der Schulschloffer in Donarnez vorzunehmen, diesen Befehl auszuführen. Der Major wird hierfür mit Festungsbefehl bestraft werden.

Ein Bergarbeiterausstand droht im Loire-Departement anzubrechen, weil die Gesellschaften sich weigern, die bisher gewährte 5prozentige Prämie weiter zu bezahlen.

Holland.

Polizeimißwirtschaft. Das Justizbeamt polizeiliche Mißverhältnisse anzeigt, ist wohl eine große Seltenheit. Der Beamte des öffentlichen Ministeriums beim Kantonsgericht in Amsterdam, Staatsanwalt Dr. Hoijt hat im „Rechts-Bodeblatt“ mitgeteilt, daß die Amsterdamer Polizeigewalt (Blamie) für die genaue Kontrolle bekommen, so daß diese Leute in die Lage kommen, ihre Ermahnungen dadurch zu verschärfen, daß sie möglichst viele Uebertretungen konstatieren und provozieren. Der Polizeikommissar Franke hat in einem Artikel in den Zeitungen diese Sache vertheidigt und deren Befehlen zugegeben. Mit Ausnahme einiger kleinerer Missethäter ist die ganze Straße entleert über solche unzulässigen Einrichtungen. Die

Frage ist aber, ob diese Entrüstung lange genug dauert, um die Sache zu bessern.

Afrika.

Neuer Feldzug im Sudan? Die jüngste schleunige Rückkehr des Sirdar Wingate nach dem Sudan steht dem Londoner „Daily Express“ zufolge im Zusammenhang mit der Möglichkeit eines Herbstfeldzuges westlich von Chartum gegen Senußi, den neuen Propheten des Sudans, der mit seiner fanatischen Streitmacht 300 Meilen vom Nil stehen soll. Senußi beabsichtigt, den heiligen Krieg, den seine Emissäre im ägyptischen Sudan gepredigt, rasch zu beginnen. Senußis Streiter sind mit Gewehren bewaffnet und haben auch Kanonen. Man hält es für wahrscheinlich, daß der Prophet den Franzosen zu schaffen machen werde, ehe er weiter nach Osten vordringt.

Steigende Unzufriedenheit herrscht nach Berichten aus Pretoria unter den Buren, deren Farmen entweder niedergebrannt oder geplündert wurden. Man hatte ihnen „volle Entschädigung“ versprochen, zahle ihnen jetzt aber nur pro rata des auf ihren Gesamtverlust verrechneten Antheils an den bewilligten drei Millionen, und fordere nun sogar noch von ihnen, daß sie ihrerseits durch je zwei einwandfreie Zeugen nachwiesen, daß wirklich britische Soldaten und nicht etwa Dritte (also Schwarze oder Buren selbst) ihre Farmen verwüstet hätten.

Amerika.

Die Wirren in Venezuela. Die Kommandanten der vor Puerto Cabello liegenden Kriegsschiffe, nämlich des deutschen Kreuzers „Falke“, des amerikanischen Kreuzers „Topela“ und des holländischen Kanonenboots „Swiname“ haben im Einvernehmen mit dem Befehlshaber von Puerto Cabello für den Fall der Eroberung der Stadt durch die Revolutionstruppen folgendes beschlossen: Die Forts sollen nicht den Stadttheil beschließen, worin sich das Eigenthum der Ausländer befindet. Gegen die Beschließung dieses Stadttheils durch venezolanische Kriegsschiffe wird nachdrücklich Protest erhoben. Ein etwa beabsichtigtes Bombardement soll 24 Stunden vorher angezeigt werden. Die fremden Kriegsschiffe behalten ihren Ankerplatz und sind zur Einschiffung ihrer Angehörigen bereit. Auch werden sie zu deren Schutze im Nothfalle eine Wache an Land schicken. — Mit der Eroberung von Puerto Cabello durch die Revolutionstruppen wird also stark gerechnet. Der Sieg der Revolution in Venezuela dürfte überhaupt kaum mehr in Frage stehen.

Präsident Castro von Venezuela soll nach einer Meldung des „Bureau Dakziel“ von den Aufständischen gefangen genommen worden sein. Eine anderweitige Bestätigung der Nachricht liegt bisher noch nicht vor.

China.

Durch Sidit wurde in Peking bekannt gegeben, daß die kaiserlichen chinesischen Truppen die Aufständischen in der Provinz Tjetshuan völlig geschlagen hätten; im Kampfe seien zwar nur wenige der Aufständischen getödtet worden, aber viele seien gefangen genommen und später davon über 1000 hingerichtet worden, unter diesen der Führer der Bewegung, Long-Kwuhung.

Über und Nachhergebote.

Dienstag, den 19. August.

Achtung Maurer! Ueber den Arbeitsplatz von Carl Thiel u. Söhne ist die Sperre verhängt.

Die Lohnkommission.

Zu den Erhebungen in Fuhrwerksbetrieben wird uns aus den Kreisen der Handels- und Transportarbeiter geschrieben: Befamtllich hat sich unsere löbliche Reichsregierung dazu entschlossen, den Forderungen der Transport- und Verkehrsarbeiter soweit Folge zu geben, als sie jetzt endlich nach langem Zaudern Erhebungen über deren Arbeitsverhältnisse angeordnet hat. Man will aber auch hier wieder nicht volle Arbeit thun, sondern wie schon so oft nach dem Rezept „halb und halb“ in Sozialreform machen. Die Erhebungen erstrecken sich nur auf einen Theil des Verkehrs- und Transportwesens; berücksichtigt werden nur jene Fuhrbetriebe, die für fremde Rechnung Personen oder Waaren transportieren. Die Masse der Fabrik- und Geschäftsfuhrer, die Bierfahrer usw. sind von den Erhebungen ausgeschlossen. Das Gleiche ist mit sämtlichen Straßenbahnbetrieben, sowie den kommunalen und städtischen Fuhrunternehmungen der Fall. Aber es werden nicht einmal alle Betriebe des privaten Fuhrwerks berücksichtigt. Nur etwa 10 Prozent dieser Betriebe sind in die Erhebungen einbezogen. Es handelt sich also nur um sogenannte Stichproben, die niemals ganz verlässliches Material ergeben können. Nur in den Kleinstädten und Dörfern sollen alle Betriebe berücksichtigt werden. Ob aber überhaupt in allen Kleinstädten und Dörfern Fragebogen ausgegeben werden sollen, ist noch sehr zu bezweifeln. Nach den bisherigen Erfahrungen bei anderen Erhebungen ähnlicher Art dürfte auch dies nicht der Fall sein. Nur Betriebe, welche 20 Personen und mehr beschäftigen, werden allgemein berücksichtigt. Die Ausgabe erfolgt je zu Hälfte an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, so daß also glücklicherweise 5 pCt. aller Betriebe Fragebogen erhalten haben werden. Ob unter diesen Umständen überhaupt ein brauchbares Resultat erzielt werden wird, ist eine große Frage. Dadurch, daß sämtliche Großbetriebe berücksichtigt worden sind, wird der Durchschnitt des Resultats günstigere Ergebnisse liefern, als wenn auch sämtliche Klein- und Mittelbetriebe einbezogen worden wären. In den meisten der größeren Betriebe sind auch Stalkente thätig, die hier verschiedene der Arbeiten besorgen, die in kleineren Betrieben der Kaiser- oder Fuhrmann selbst besorgen muß. Die Fragebogenverantwortung dieser Betriebe muß also ungleich günstiger Arbeitsverhältnisse aufweisen, als die der kleineren Betriebe, das Durchschnittsresultat also in etwas besseren Lichte zeigen. Ferner hat man die Ausgabe der Fragebogen vielfach der Polizei überlassen. Das ist unserer Ansicht nach ein recht großer Mißgriff; Polizei und Justiz sind dank der herrschenden Verhältnisse Fremde wie Hund und Kage. Man kann es wirklich einem Richter nicht verdenken, wenn er einem Polizeigen, der ihm vielleicht schon zu einem Straußmandel verhöhen, auch bei der Uebergabe der Fragebogen nicht allgütig Vertrauen entgegenbringt. Daß unter diesen Umständen das auch die Ausfüllung des

Fragebogens leidet, ist nur zu begreiflich. Die deutsche Arbeiterchaft hat aber ein eminentes Interesse daran, daß die von der Regierung über Arbeiterverhältnisse erteilten welchen Verfassungen veranfaßten Erhebungen auch Ergebnissen zeitigen, die den Thatsachen entsprechen. Der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter hat daher im Allgemein-Interesse beschlossen, eine Kontrolle der beregten amtlichen Erhebungen vorzunehmen. Er benutzt dazu das Schema der amtlichen Fragebogen und wird auch das Ergebnis seiner Enquete nach dem amtlichen System verarbeiten. Es ist deshalb Gelegenheit geboten, das System und die Art der amtlichen Erhebungen einmal darauf zu prüfen, ob seine Ergebnisse auch der Wirklichkeit entsprechen. Da der Verband nun aber nur in 120 größtenteils Orten Vertretungen hat, die die Aufnahme der Statistik besorgen, so ist er auf die Hilfe der organisierten Arbeiter angewiesen. Möge daher im Interesse der Sache jeder Leser unsere Zeitschrift, das Blatt, der in Fuhrwerksbetrieben befaßt ist, seine Arbeitskraft in den Diensten der guten Sache stellen und soweit es möglich, mithelfen, damit die vom Verbande aufzunehmende Enquete eine genaue Kontrolle der Regierungserhebungen ergibt. Der Erfolg der Arbeit kommt der Gesamtarbeiterchaft zu Gute. Fragebogen verlange man von D. Schumann, Berlin SO. 16, Gewerkschaftshaus. Derselbe erteilt auch weitere Auskünfte. Unkosten werden selbstverständlich vergütet.

Gewerkschaften und Sozialdemokratie ist, so schreibt man uns aus gewerkschaftlichen Kreisen, die Spitzmarke eines längeren Artikels in den „Lüb. Anzeigen“, der jedenfalls nur zu dem Zwecke veröffentlicht wurde, um die bei den Spießbürgern bereits bestehende Antipathie gegen die Gewerkschaften im Allgemeinen und gegen die freien Gewerkschaften im Besonderen noch mehr zu vergrößern. In den Ausführungen, die augenscheinlich nicht auf dem Miste der Amtsblatt-Redaktion gewachsen sind, wird, nachdem — welche ein Wunder! — die Berechtigung der Berufsorganisationen zum Zwecke der Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zugestanden ist, nachzuweisen versucht, daß in erster Linie in den Gewerkschaften parteipolitische Interessen und nicht wirtschaftliche verfolgt werden; die Gewerkschaften sind nichts anderes als Hülfstruppen, als Kadres der Sozialdemokratie! — so wird dort wörtlich ausgerufen. Wer längere Zeit das Vergnügen gehabt hat, in den „Lüb. Anz.“ Auslassungen über gewerkschaftliche Arbeit und über das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei zu lesen, der wird sich nicht mehr wundern über die geradezu göttliche Unwissenheit, die in solchen Dingen dort an den Tag gelegt wird. So auch in dem letzten Elaborat. Wenn wir auch zugeben wollen, daß diejenigen Männer, die im Vordergrund des gewerkschaftlichen Lebens und Kampfes stehen, längst begriffen haben, welcher politischen Partei sie angehören müssen, so resultirt daraus doch noch lange nicht, daß dieselben innerhalb der Gewerkschaften Parteipolitik treiben. Im Gegentheil! Innerhalb der Gewerkschaften werden alle Kräfte gesammelt ausschließlich zu dem Zwecke, eine Besserung der wirtschaftlichen Lage aller im Berufe thätigen Arbeiter zu erzielen resp. dieselben in allen Nothlagen zu schützen. Die Thätigkeit, die, wie bereits oben gesagt, heute einmal vom Amtsblatt als berechtigt anerkannt wird, wurde bisher von demselben Blatt als „sozialdemokratische Hegelei“ usw. bezeichnet und die schmutzigsten Waffen waren es, mit denen das nationalliberale Organ stets gegen die Arbeiter und für die Unternehmerinteressen socht. Für die Richtigkeit der Behauptungen werden dann Ausführungen der Repliker „Einigkeit“ angeführt, die aber für die Sache gar nicht in Betracht kommen. Zum Schluß erhalten die organisierten Buchdrucker resp. ihr Fachblatt zur Abwechslung wieder einmal den ungewollten und unbedienten Beifall der „Lüb. Anzeigen“. Es wird darauf hingewiesen, daß anlässlich der Leipziger Affaire von Seiten der Verbandsbuchdrucker recht scharf gegen verschiedene Leipziger Genossen polemisiert wurde, und dann schließlich auf den von der gesamten Buchdruckerschaft als irrig bezeichneten Anspruch des „Correspondent“-Redakteurs zurückgegriffen, worin behauptet wurde, daß „mit pompösen Resolutionen, mit 2 Millionen Stimmen und 57 Abgeordneten noch keine Viertelstunde Arbeitszeit-Verkürzung und keine 5 Pfennige Lohnerrhöhungen durchzusetzen sind.“ Diese Erkenntnis muß Gemeingut der Arbeiter werden, nämlich das Amtsblatt. Sie kann und wird es aber nie, denn die Thatsachen beweisen deutlich das Gegenteil des oben Zitierten. Was die Sozialdemokratie Großes für die Arbeiterchaft geleistet hat, steht fest für alle Zeiten. Dem wird sich auch kein denkender Buchdrucker ebenso wie ein anderer Arbeiter verschließen können, und immer wird es für sie heißen: Zum Siege führt uns nur die gewerkschaftliche und politische Organisation, die neben einander zu wirken haben!

Die landespolizeiliche Abnahme der neuen Schlutuper Bahn hat Montag Morgen stattgefunden. Dieselbe soll ganz zur Zufriedenheit ausgefallen sein.

Nach tritt der Tod den Menschen an. Heute Vormittag wurde vor dem Hause Schwödenenquerstraße 32 der Träger Utermöhl, Engelsgrube 31/4 wohnhaft, vom Schlag getroffen. Der schon bejahrte Mann war alsbald eine Leiche. Von Kameraden des Verstorbenen wurde dieselbe nach der Wohnung Utermöhl's gebracht.

Recht unangenehme Erinnerungen hat Leopold von Belgien von seiner jüngsten deutschen Reise mit nach Brüssel gebracht. Wie von dort gemeldet wird, machte der galante Ritter der schönen Cleo de Merode, als er letzter Tage wieder in Brüssel eintraf, die unangenehme Entdeckung, daß ihm eine — hat er denn gleich mehrere getragen? — kostbare Taschenuhr fehlte. Das werthvolle Objekt soll entweder während eines zweitägigen Spazierganges in Köln oder auf der Fahrt von Lübeck nach Köln verloren gegangen sein. — So häßlich der Verlust auch sein mag, so befindet sich doch Leopold in der glücklichen Lage, ihn verschmerzen zu können.

Als Leiche gefunden wurde Montag Vormittag die seit vorletzten Sonntag vermißte Gise Steinfatt aus Lübeck. Das junge Mädchen war befaßt in Ratzburg als Kochlehrling thätig und wurde Sonntag den 10. August, Abends 10 Uhr zum letzten Male gesehen. Was das junge, hoffnungsvolle Mädchen in den freiwilligen Tod getrieben hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Leiche wurde, wie

noch mitgetheilt sei, bei der Sägemühle im kleinen Kageburger See gelandet.

Zu dem Unfall, der am Sonntag Abend einer Teilnehmerin am Ausfluge des Kieler Arbeiterbundes nach Lübeck auf der Rückfahrt zugestossen ist, wissen hiesige Blätter noch zu berichten: Unterwegs zwischen Pansdorf und Glesendorf wurde eine Frau, der Ehefrau des Schmiedes Dittmann von der Germania verstoßen und umgeworfen. Um frische Luft zu schöpfen begab sie sich auf die Plattform des Wagens. Ohne daß es die anderen Fahrgäste gleich merkten, wurde die Frau herabgeschleudert, zum Glück so, daß sie von den nachfolgenden Waggonen nicht erreicht wurde. Frau D. hatte noch so viel Kraft bis zur nächsten Wärtstube zu gehen und dort ihren Unfall zu erzählen. Ein requirirter Arzt stellte eine Verstauchung der linken Kniescheibe fest. Da die Frau noch über Rückenschmerzen klagt, ist nicht ausgeschlossen, daß sie auch noch innerliche Verletzungen davongetragen hat. Die Verletzte wurde Montag früh nach Kiel in die Klinik geschafft. — Unser heute eingetroffenes Kieler Parteiorgan schweigt sich über den Unfall noch aus.

Die Wassertwärme der Badeanstalt des Kräher- teiches betrug Montag 17 Grad Celsius.

Straßenperre. Wegen vorzunehmender Siedbauarbeiten ist die Strecke der Gloginstraße von der Schwartauer Allee bis zur Adlerstraße vom 20. August an bis auf Weiteres gesperrt.

Jagdunfall. Der Jagdpächter Grundmann aus Lübeck, der sich bei Dechow auf der Jagd befand, rutschte auf dem infolge des Regens schlüpfrigen Boden unglücklich aus, wobei ihm das schußfertige Gewehr losging. Die volle Ladung Hahnschrot drang ihm durch den rechten Fuß. Mit Mühe nur konnte er sich nach der in der Nähe der Unfallstätte liegenden Wohnung des Chauffeurwärters Koop begeben, wo ihm der erste Nothverband angelegt wurde. In Abetracht der schweren Verletzung mußte der verunglückte Jäger später dem Krankenhause zugeführt werden.

Aufgegriffen wurde Sonntag Nachmittag von der hiesigen Polizei ein etwa 12jähriger Negerknabe, der von Hamburg kam. Er will angeblich Mizionko heißen und aus Kapstadt stammen. Augenblicklich befindet er sich noch in Schußhaft.

Diebstahl. Ein Brauhilfsarbeiter brachte zur Anzeige, daß ihm am 28. Juni d. J. aus seiner unverschlossenen Kajüte auf dem Dampfer „Cyklop“ zwei Trauringe, die zu einem Ringe vereinigt sind, gestohlen wurden. In dem Ringe ist der Name „K. Enarson“, und in dem andern Ringe der Name „Elisabeth Strand“ eingraviert. Beide Ringe tragen die Jahreszahl „1896“.

Sachbeschädigung. In der Nacht zum Montag wurden an der Untertrave in der Nähe der Engelgrube eine größere Anzahl Spiegelscheiben, wahrscheinlich mittels eines Glasschneiders, beschädigt.

Festgenommen wurden am gestrigen Tage eine Person wegen Bettels und zwei wegen Trunkenheit.

Parteigenossen im Fürstenthum! Seht die Wählerlisten ein. Dar wer in der Wählerliste verzeichnet steht, ist stimmberechtigt!

Schwartau. Tödlicher Unglücksfall. Sonntag Nachmittag wurde die etwa 7jährige Tochter des am Markt wohnenden Bäckers Rohbran von einer Droschke so unglücklich überfahren, daß sie alsbald ihren Geist aufgab. Das Unglück ereignete sich dadurch, daß die Kleine, die sich den Einmarsch eines Wagens ansehn wollte, den Fahrbaum zu überschreiten versuchte, ohne darauf zu achten, daß eine Droschke daher gerastet kam. Ob es auch dem Kutscher der Droschke irgend welche Schuld an dem Unglück beizumessen ist, wird erst die sofort eingeleitete Untersuchung ergeben müssen.

Katekau. Fußwegverlegung. Die Hufner S. Röper und J. Lange zu Katekau haben die Verlegung des von Altrupperdorf nach Katekau über die Parzellen 113, 114, 115 der Dorfschaft Katekau führenden Fußweges auf den Gemeindegeweg von Katekau nach Altrupperdorf beantragt. Sie haben sich bereit erklärt, den gedachten Gemeindegeweg auf ihre Kosten soweit erforderlich zu verbreitern, den neu anzulegenden Fußweg in einer Breite von einem Meter herzustellen, ihn an der Westseite aufzusoden und mit je 15 Metern von einander stehenden Pfeilstreifen zu versehen, sowie durch denselben genügend weite Durchlässe zur Abführung des Wassers von dem Wege zu legen. Einwendungen gegen die beantragte Verlegung des Fußweges sind bis zum 10. September d. J. bei der Regierung in Tutin anzubringen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Die Gründung einer Genossenschaft der Elbeschiffer, die eine Mindestanzahl von 10 Pf. per 100 Kilogramm sichern soll, ist in Hamburg beschlossen worden. — Der Raubmörder Sped wird seine That, die er in Altona verübt, auch in Altona zu büßen haben. Der Raubmörder wird also, nachdem er wegen des Todtschlages, dessen er sich in Dresden schuldig gemacht hat, dort abgerichtet worden ist, nach Altona transportirt, um hier wegen des schweren Verbrechens des Raubmordes vor die Geschworenen gestellt zu werden. — Ein hochinteressanter Prozeß wird demnächst das Gericht in Altona beschäftigen. Ein 12 Jahre alter Schüler einer Volksschule hatte seine Lehrerin erstickt, ihn während des Unterrichts auf kurze Zeit hinauszulassen, um seine Nothdurft zu verrichten. Dies wurde ihm verweigert. Infolge dessen wurde der Knabe schwer leidend und es ist mehrere Male ein operativer Eingriff erforderlich geworden. Der Vater des Knaben ist jetzt nicht nur gegen die betreffende Lehrerin, sondern auf Grund des bürgerlichen Gesetzbuchs auch gegen die Schulbehörde auf Schadenersatz klagbar geworden. — Vor einigen Tagen wurde der 17jährige Sohn des Landmannes H. Rohwedder in Sahsdorf bei Hohenwestedt beim Himbeerpflücken in dem Augenblick, als er über einen Knick klettern wollte, von einer Kreutzotter in den Oberschenkel gebissen. Als das gebissene Kind zu Hause ankam, wurde die Wunde sofort ausgejogen und ärztliche Hilfe herbeigerufen. Trotzdem verschlimmerte sich der Zustand des Knaben derart, daß man das Schlimmste befürchtete. Der Schenkel und der Unterleib schwellen die an, und erst nach drei Tagen trat eine Besserung in dem Befinden des Knaben ein. — Eine Bluthat hat sich in der Nacht zum Sonntag in Garsden ereignet. Dort geriethen nach dem Verlassen einer Gastwirtschaft in der Augustenstraße mehrere junge Leute in Streit. Der eine derselben, Namens Suhr, machte von seinem Messer Gebrauch, welches er dem Maurer

Mohr in den Kopf jagte. Mohr erlitt eine tödtliche Verletzung. Suhr wurde verhaftet und in das Kieler Gerichtsgefängniß eingekerkert. — Auf einer Segelfahrt auf der Schlei ertrank bei Schleswig der Schiffsheger Urban aus Berlin. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden. — Der Schiffer Clausen aus Grabenstein, von dem man annahm, daß er mit seinem Schooner auf der Relfe nach Kiel untergegangen sei, ist nach einer nach Flensburg gelangten Mittheilung durch den heftigen Sturm nach Heiligenhafen verschlagen, dort mit seiner an Bord befindlichen Familie glücklich angekommen.

Hamburg. Auch ein Gedenktag. Unser Hamburger Bruderblatt erinnert daran, daß Sonntag den 17. August zehn Jahre verfloßen waren, seitdem der erste Fall von Cholera asiatica in Hamburg vorkam, aber noch sorgfältig als Geheimniß behütet wurde, bis endlich am 22. August der in Bergedorf residirende Medizinalinspektor Kraus sich entschloß, dem Senat zu eröffnen, er glaube, „daß hier eine Cholera-Epidemie ausgebrochen ist.“ Inzwischen hatte der Bürgergast aber schon weitere Opfer gefordert, und Jedermann sah die Situation klar vor sich, nur nicht die berufenen Behörden. Unter den Hamburgern „besserer Stände“ begann nun ein gewaltiges Ausreißer nach allen Richtungen der Windrose und so Mancher, der als Patriot heute die „geliebte Vaterstadt“ bei jedem passenden oder unpassenden Anlaß feiert, verflocht sich damals schredensbleich in irgend einem holsteinischen oder mecklenburgischen Dorf und das Spritzenhaus von Leterow gelangte als Herberge Hamburger Choleraflüchtiger zu kurzer Berühmtheit. Als dann tausende von Menschen der Seuche zum Opfer fielen, machte man sich daran, die Wohnungsverhältnisse zu „saniren“ — aber zu Gunsten der Hausagrarier. Sogar die Baracken am Schlump, die damals in aller Hast erbaut wurden, um besonders gefährdete Wohnungen zu entvölkern, sind heute noch besetzt, und in ihrem düsteren, schwarzen Theeranstrich stehen sie da als das Denkmal der Hamburger Sozialpolitik, als das Denkmal einer herrschenden Klasse, die nichts gelernt und viel vergeressen hat!

Hamburg. Zum Droschkenstreik. In der Nacht auf Sonntag fand eine Besprechung der Streikleitung mit den Vorstandsmitgliedern der in Betracht kommenden Vereine statt, und es wurde beschlossen, daß auch sämtliche Stallkutscher, welche die feste Kundenschaft bilden, am Sonntag früh die Arbeit einzustellen haben. Dies ist auch inzwischen geschehen, und ist demnach der Generalkstreik sämtlicher Droschken- und Taxameterkutscher erklärt. Die Verkehrsalamität hat sich also bedeutend verschärft. Montag Morgen fand abermals eine Versammlung der Droschkenbesitzer und Kutscher statt, in der nach Darlegung der Situation und nachdem das dem Inhalte nach unsern Lesern bekannte Antwortschreiben der Polizeibehörde verlesen worden war, folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

Wir beantragen die Zentralkommission, nochmals bei dem Herrn Bürgermeister oder anderen städtischen Organisationen nachzufragen, daß auf Grund unserer Eingabe bestimmte Besprechungen gegeben werden möchten, und daß ein Instanzstreik der neuen Droschkenordnung bis auf Weiteres zu vertagen ist. Die Betheiligten verpflichten sich ferner, so lange im Ausstand zu verharrten, bis eine genügende Antwort ertheilt ist.

Da inzwischen bekannt geworden war, daß die Polizeibehörde mit der Kommission der Interessenten verhandeln wolle, wurde die Versammlung bis Nachmittags 6 Uhr vertagt. Die Verhandlung, welche im Sitzungssaal des Polizeipräsidiums stattfand und an welcher außer der Kommission der Fuhrherren und Kutscher Senator Dr. Stammann, Polizeidirektor Dr. Roscher und Rath Dr. Oelsenhausen theilnahmen, hatte folgendes Ergebniß:

„Für den Fall, daß die Fahrtan sofort wieder aufgenommen werden und der Polizeibehörde angezeigt wird, daß die arbeitsfähigen Fuhrwesen theilweise beschlagnahmt hätten, sich mit einer eingehend begründeten, die einzelnen Paragraphen betreffenden Eingabe um Abänderung der Droschkenordnung vom 1. August d. J. an den Senat zu wenden, so die Polizeibehörde, nur ihnen zur Abfassung dieser Eingabe Zeit zu geben, bereit, den Termin zur Einbringung dem 1. September d. J. auf den 1. Januar nächsten Jahres zu verschieben.“

In der am Montag Abend nach Springborns Establishement einberufenen, von Fuhrherren und Kutschern abermals sehr zahlreich besuchten Versammlung erstattete dann die Kommission Bericht über die Verhandlung. Herr Fuhrwerksbesitzer Levy schilderte, wie zuvorkommend der Senator Dr. Stammann gewesen sei. Der Herr habe der Meinung Ausdruck verliehen, daß eine friedliche Lösung der Streitfragen zu Stande kommen werde, und habe den Rath erteilt, den Betrieb wieder aufzunehmen. Als der Herr Senator auf alle Härten der neuen Droschkenordnung aufmerksam gemacht worden sei, wobei ihm Herr Kommissionsrath Schlüter, der größte Hamburger Fuhrwerksunternehmer, erklärt habe, daß viele Punkte der Verordnung thatsächlich undurchführbar seien, habe der Senator erklärt: „Ja, das sind Sachen, die ich gar nicht gekannt habe, das ist mir ganz neu. Ich bin nicht der Instanzenweg, das ist der Senat, in dem ich die Angelegenheit zur Sprache bringen werde.“ (Anschließend dieser Erklärung stellt das „Hamb. Echo“ an die Polizeibehörde die durchaus berechnete Anfrage: Wer ist denn eigentlich der „verantwortliche Redakteur“ der von der Polizeibehörde erlassenen Droschkenordnung, die mit „Der Polizeiherr, Dr. Stammann, Senator“ unterzeichnet ist. Herr Levy gab zu, daß die Droschkenkutscher oft von der Polizei citirt worden sind. Jetzt müsse eine Eingabe an den Senat gerichtet werden, in welcher alle Punkte eingehend zu begründen seien. Einige Redner freuten sich über das Entgegenkommen seitens der Polizeibehörde, während andere vor übertriebenem Optimismus warnten. Es wurde ausgeführt, daß weitere mündliche Verhandlungen stattfinden sollen, an denen Herr Schlüter theilnehmen solle. Um 8 Uhr Abends wurde die Versammlung bis Dienstag Morgen 9 Uhr vertagt, da der Saal wegen anderweitiger Inanspruchnahme geräumt werden mußte. Die Meldung bürgerlicher Blätter, wonach bereits Montag Abend der Fuhrwerksbetrieb wieder in vollem Umfang aufgenommen worden sei, ist also völlig unzutreffend.

Altona. Die Barbiergehülften hatten vor einiger Zeit bei der Regierung beantragt, verfügen zu wollen, daß an den hohen Festen Ostern, Pfingsten und Weihnachten die Barbiergehäfte am zweiten Feiertag zu schließen sind. Die Regierung hatte sich für unzuständig erklärt und die Gehülften an die Zwangsinnung der Barbierere verwiesen. Diese lehnte darauf den Antrag ab. Nunmehr haben die

Barbiergehülften den Antrag in abgeänderter Form auf's Neue gestellt.

Kiel. Viel Lärm um Nichts. Unter der Anklage des Ungehorsams gegen einen Dienstbefehl und der „Herbeiführung der Gefahr des Verlustes einer Geheimsache“ stand am Sonnabend der Leutnant zur See v. Löwenfeld vor dem Kriegsgericht der 1. Marine-Inspektion. Er hatte am 3. Mai d. J. ein „ganz geheimes“, eine Mobilmachungssache betreffendes Schreiben auf der Post nicht einschreiben lassen, und dadurch ermöglicht, daß das „ganz geheime“ Schreiben ev. in Verlust gerathen konnte. Während der ganzen hochnothpeinlichen Verhandlung wurde wegen Gefährdung der Staatssicherheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das Urtheil lautete schließlich auf — eine Woche Stubenarrest! Und um eine so winzige Sache dieses so heimliche Verfahren?? — Matrose und Maat. Am 14. Juni, gelegentlich der Nordlandsfahrt des Kaisers, war auf dem kleinen Kreuzer „Nimph“ der Befehl „Fertig zum Salutiren“ gegeben, weil der an Bord weilende Kaiser im Begriff war, das Schiff zu verlassen. Der Bootsmannsmaat Krommhold trug der einen Geschützmannschaft auf, eine benötigte Person zu holen. Der Matrose Bohlen sah daraufhin unter dem Zubehörfasten des Geschützes nach und sagte, dort läge keine. Als dann ein anderer Matrose fortgeschickt wurde, eine Person zu holen, kam der Bootsmannsmaat Möbes und rief Bohlen zu: „Es liegt doch eine unter dem Kasten.“ Dann gab er ihm den direkten Befehl, dieselbe zu holen. Bohlen, welcher nach dem Zeugniß des Vorgesetzten nur widerwillig den Befehlen nachkam, ging langsam einige Schritte in der Richtung auf den Kasten und blieb stehen. Da er auch auf den zweiten Befehl nicht einging, sagte ihn der Maat am Genick, drückte ihn zum Kasten nieder und rief im Aerger: „Donnerwetter, nun holen Sie endlich die Person hervor! Dann trat er zurück. Bohlen riß die Person plötzlich hervor, drehte sich um und schlug damit den Maat rechts und links an den Kopf. Dabei rief er: „Stoßen lasse ich mich nicht!“ Bootsmannsmaat Möbes erhielt für die vorgeschriebene Behandlung, welche in dem Aufassen liegt, auf dem Disziplinärwege fünf Tage Mittelarrest. Der Matrose Bohlen wurde Sonnabend vom Kriegsgericht der 1. Marine-Inspektion dagegen wegen Beharrens im Ungehorsam und thätlichen Angriffes im Dienst zu einem Jahre einer Woche Gefängniß verurtheilt. Für den thätlichen Angriff im Dienst waren als Mindeststrafe zwei Jahre verurteilt. Diese Strafe wurde jedoch unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Angeklagte durch die vorgeschriebene Behandlung gereizt worden war, auf die Hälfte ermäßigt.

Repte Nachrichten.

Beuthen (Oberschl.). Ein Grabenbrand brach am Montag Morgen in der Gemarkung des Guts „Heinrichsgrube“ auf 420 Meter Höhe aus. 15 Personen wurden verwundet, zu Tage gefördert. Von diesen sind 9 zum Bewußtsein zurückgebracht worden, während bei den übrigen 6 die Wiederbelebungsvorkehrungen fortgesetzt werden. Die Rettungsmannschaft befindet sich noch in der Grube.

Anteburg. Ein Wolf überfiel auf einer Weide bei dem Dorfe Kramen eine von zwei Knaben im Alter von 10 und 13 Jahren unweit des Waldes gehütete Schafherde. Mit Knütteln besaßten, wachten die Knaben den Kampf mit dem Wolf, wurden aber von demselben zerstückt.

Leipzig. Merd und Selbstmordversuch. Montag Nachmittag hat der Schuhmacher K. Köpfer die von ihrem Mann getrennt lebende Wauerfrau Diez durch einen Schuß in die Brust getödtet und dann sich selbst durch einen Schuß in den Mund schwer verletzt.

Lüdenscheid. Die Typhusepidemie gewinnt eine immer größere Ausdehnung. Täglich werden im Durchschnitt 16 Fälle gemeldet. Zur Unterbringung der Kranken werden Baracken errichtet.

Trier. Eine Feuersbrunst wüthete in dem Pfarrdorf Jann, Kreis Wittlich, Sonntag Nachmittag sechs Wohnhäuser und mehrere andere Wirtschaftsgelände ein. Viel Vieh kam in den Flammen um.

München. Vom Hängegerüst abgestürzt. Am Wittelsbacher Palais, auf dem gegenwärtig Dachreparaturen vorgenommen werden, riß eine Kette des Hängegerüsts; drei Arbeiter stürzten ab; zwei Arbeiter sind todt, der dritte ist nur leicht verletzt.

Zürich. Ein schweres Touristenunglück hat sich abermals in der Schweiz ereignet. Am Wetterhorn wurden Sonntag zwei englische Touristen mit zwei Führern von einer Neuschneelawine überrollt. Der eine Engländer und ein Führer wurden getödtet, der andere Engländer leicht, der zweite Führer schwer verletzt.

Wien. Professor Schenk, der bekannte Verfasser des Werkes über die Geschlechtsbestimmung beim Menschen, ist Sonntag auf Schloß Schwarzenberg (Steiermark) gestorben. — Die Seehäuler hätte auf dem Dohsemarkt in Kärnten ist Sonntag Nacht abgebrannt. Der Wächter Joachim Scharf, seine Frau, das gemannte Vieh und der Hund an der Kette sind in den Flammen umgekommen.

Petersburg. Bei einem starken Nordweststurm im finnischen Meerbusen sanken bei Kronstadt drei Leichter. Ein Mann der Besatzung ertrank. Ferner wurden viele gekenterte Barken und Segelboote angetrieben. Das Schicksal der Insassen ist unbekannt.

Konstantinopel. Feuersbrunst. Wie der „Frankf. Zig.“ gemeldet wird, zerstörte Sonnabend eine große Feuersbrunst in der alten Halbinsel von Brussa, dem Ziele vieler Tausende von Fremden, den Bazar mit 200 Häusern.

Alexandrien. Die Cholera. Bisher sind in Egypten 371 Cholerafälle festgestellt. Gestern wurden 30 Fälle, darunter 21 tödtliche, gemeldet. In Alexandrien hat sich Sonntag ein Fall ereignet. Im Ganzen befinden sich dort neun Kranke. Seit dem 7. August sind 279 Fälle, darunter 149 tödtlich, in Kairo zu verzeichnen gewesen.

Kapstadt. Schiffskatastrophe. Eine Lloydpostschiff meldet: Als die britische Bark „Highfield“ von Kapstadt Montag Nacht bei starkem Sturm in den hiesigen Hafen einlief, stieß sie mit dem dort vor Anker liegenden Hamburger Dampfer „Kaiser“ zusammen. Die Bark sank sofort; von der Besatzung sind 23 ertrunken, 4 sind gerettet. Der Dampfer „Kaiser“ ist bei dem Zusammenstoß leicht beschädigt worden.

Neu-York. Eine Springfluth wird aus dem Apacca Golfe (Kalifornien) gemeldet; mehrere hundert Personen sollen dabei umgekommen oder schwer verletzt worden sein. Der Materialschaden wird auf 50000 Dollars geschätzt. Ein unterirdisches Erdbeben wird als die Ursache der Springfluth betrachtet.

Personalia.

Hausnummern werden 330 Stück, davon 1000 in den Säben — 66 St. Hölzer: Gemahlene — 100. Verkauft werden, schwere 64—65 St., leichte 64—65 St., Sack 51 57 St. und Sackel 60—63 St. pr 100 Stb.

Bericht des Partei-Vorstandes

an den

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

1902 zu München.

Wenige Tage nach Schluß des vorjährigen Parteitages in Lübeck kam aus Leipzig die erschütternde Nachricht, daß unser unergieblicher Genosse und Mitkämpfer Dr. Bruno Schoenlank für immer die Augen geschlossen hat.

Die Folgen übermäßiger geistiger Anstrengung und wohl auch vorhandene körperliche Disposition hatten den unermüdeten Genossen schon Monate lang vorher gezwungen, seine Dienste im Interesse der Partei einzustellen und eine Heilanstalt aufzusuchen. Am 30. Oktober vorigen Jahres kam von dort die Nachricht, daß der Erlöser Tod sich eingestellt, das wackere Herz unseres Genossen und Vorkämpfers für immer zu schlagen aufgehört hat. Ein von den Leipziger Genossen veranstaltetes, großartiges Begräbniß, an dem sich Tausende von Theilnehmern beteiligten und wozu Delegationen und Kranzspenden aus allen Gauen Deutschlands gesandt waren, zeigte, welcher Liebe und Verehrung sich der Verstorbene in den sozialdemokratischen Kreisen erfreute.

Leider hat auch sonst im letzten Jahre der Tod manchen braven und in weiteren Kreisen bekannten Genossen aus unserer Mitte fortgerissen. Um nur Einige zu nennen, sei hier daran erinnert, daß der Bergarbeiterverband seinen langjährigen Vorsitzenden und Mitbegründer, Heinrich Möller, verloren hat. Eine in der schweren Berufsarbeit zugezogene schleichende Krankheit hat der unermüdeten Tätigkeit des Verstorbenen ein vorzeitiges Ziel gesetzt. In tragischer Weise endeten die Genossen Karl Schöck in Magdeburg und Wilhelm Swienty, der Schwiegersohn Liebknechts, Schöck, der besonders in der Gewerkschaftsbewegung tätig war, verunglückte bei seiner Tätigkeit für die Arbeiterbewegung, indem er auf dem Wege war, seine Berufskollegen (Maurer) zu einer Sitzung zusammen zu holen. Er wurde von einem Motorwagen der Straßenbahn überfahren und erlitt dabei einen Genickbruch, der seinen sofortigen Tod im Gefolge hatte.

Wilhelm Swienty, früher rednerisch und schriftlich für die Organisation seiner Berufsgenossen (Handlungsgehilfen) tätig, war in der Redaktion des hiesigen Parteiorgans eingetreten. Wegen Preßvergehens wiederholt mit längerer Gefängnisstrafe bestraft, war unser Genosse erkrankt. Er mußte sich schwerer Operationen unterziehen. In einem Fieberanfall stürzte der Unglückliche in einem unbewachten Augenblicke aus dem Fenster der dritten Etage in den Hof und verlor sich dabei so schwer, daß er bereits auf dem Transport nach dem Krankenhause verschied. Nach langem Leiden hat auch der Genosse Wanjred Wittich für immer die Augen geschlossen. Wittich war schon in der Zeit vor dem Sozialistengesetz in den Reihen der sächsischen Genossen und speziell in Leipzig schriftlich und rednerisch für die Partei tätig. Diese Tätigkeit setzte er unter dem Sozialistengesetz fort, und er blieb derselben treu, bis der Tod den beredeten Mund schloß und dem Genossen die Feder aus der Hand nahm. Die Arbeiter in Magdeburg, Halle und Leipzig erschienen zu Tausenden, um dem Verstorbenen am offenen Grabe den Tribut der Achtung und Liebe zu zahlen.

Neben den Genannten, denen noch die Namen vieler anderer ebenso braver, nur vielleicht in weiteren Parteilagen weniger bekannter verstorbener Parteigenossen anzufügen wären, haben im letzten Jahre auch unsere weiblichen Genossinnen eine ihrer eifrigsten Agitatorinnen durch den Tod verloren. Genossin Eichhorn ist in Dresden nach längerem Siechtum an den Folgen der Proletariatskrankheit verstorben. Die Verstorbene war ihrem Manne, als dieser unter dem Sozialistengesetz auf Grund des kleinen Belage-

rungszustandes aus Leipzig ausgewiesen war, gefolgt. Die Entrüstung über das erlittene Unrecht und über die Brutalität, mit der die herrschende Gewalt die Emanzipationsbestrebungen der arbeitenden Klasse zu unterdrücken versuchte, trieb die Genossin, die vor der Ausweisung ihres Mannes nie öffentlich aufgetreten war, auf die Rednertribüne zum lauten Protest gegen alles Unrecht. Aus der bis dahin stillen Hausfrau war durch die Ausweisung eine beredete und begeisterte Vorkämpferin im Befreiungskampf des Proletariats geworden.

Auch eine Wirkung des Schandgesetzes, an die dessen Schöpfer bei Erlaß desselben wohl nicht gedacht haben.

Sieben, wo wir im Begriffe sind, diesen Bericht in den Druck zu geben, erfahren wir, daß Max Regel, der Dichter des Proletariats, in München aus dem Leben geschieden ist. Seit seiner frühesten Jugend zählte der Verstorbene zu den begeistertsten Anhängern unserer Partei, für deren Presse er in Prosa und Dichtung tätig war. Regel war Mitbegründer und Mitarbeiter fast aller Partei-Blätter, er zählte zu den ältesten Mitarbeitern vom „Wahren Jakob“. Sohn eines sächsischen Proletariats, ist er der Partei des Proletariats ein treuer Anhänger geblieben, bis der Tod unerhofft und allzu früh ihm die Augen schloß.

Mit dem bevorstehenden Abschlusse neuer Zoll- und Handelsverträge seitens des Deutschen Reiches mit den anderen Nationen haben sich mehr oder minder eingehend bereits unsere letzten Parteitage in Stuttgart, Mainz und Lübeck beschäftigt.

Nachdem feststand, daß der neue Zolltarif und die auf Grund desselben abzuschließenden Handelsverträge wesentliche Erhöhungen der Zollpositionen und vor allem eine ganz unerhörte Steigerung der Zölle auf die wichtigsten Lebensmittel, besonders auf Brod und Fleisch, bringen werden, beschloß der vorjährige Parteitag in Lübeck, die Agitation gegen diesen geplanten Raubzug am Volke in umfassendster Weise in Angriff zu nehmen. In Tausenden von Versammlungen in allen Theilen des Reiches wurde Protest gegen die Hungerzölle erhoben und in den schärfsten Resolutionen Stellung gegen den Versuch genommen, unter der Maske des „Schutzes der nationalen Arbeit“ die Konsumenten, und vor allem die arbeitende Bevölkerung, zu Nutz und Frommen weniger Tausend Großgrundbesitzer und Schlotjunger in schamloser Weise durch künstliche Vertheuerung der unentbehrlichsten Lebens- und Genussmittel auszubeuten.

Neben dieser mündlichen Agitation wurde eine ebenso umfassende schriftliche Agitation, besonders durch Flugblätter, inszeniert. Ein vom Vorstand herausgegebenes illustriertes Flugblatt wurde in Millionen Exemplaren bis in die letzten Dörfer des Reiches verbreitet. Ebenso wurden der Zeitung der Frauenbewegung die Mittel zur Herstellung und Verbreitung eines vor allem für die Frauen bestimmten Flugblattes gegen den Zollwucher zur Verfügung gestellt. Dieses Flugblatt ist in einer Auflage von 400 000 Exemplaren hergestellt und von den Genossinnen zur Verbreitung gelangt. Neben dieser von der Zentralleitung ausgehenden Agitation gegen den Zollwucher lief eine ebenso umfangreiche Tätigkeit unserer einzelnen Landes- und Provinzialorganisationen her. Flugblätter, die in ganz Deutschland Verbreitung und Anklang finden sollen, können sich fast immer nur in allgemeinen Ausführungen bewegen, sind aber nicht imstande, den lokalen und provinziellen Verhältnissen genügend Rechnung zu tragen. So hat z. B. das Flugblatt: „Was die Junter uns kosten?“ das in Ostelbien vorzüglich wirkte, in Süd- und Westdeutschland weniger angesprochen, weil man dort die Schandwirtschaft der Junter und Großgrundbesitzer glücklicher Weise aus eigener Anschauung weniger kennt. Die Landes-, Provinzial- und Kreisorganisationen haben deshalb ihren Verhältnissen angepaßte Flugblätter gegen den geplanten Brodwucher selbstständig herausgegeben und dazu, wo es notwendig war, Beihilfen aus der Zentralkasse er-

halten. Der Erfolg dieser Agitation zeigte sich einmal in den Ausbrüchen maßloser Wuth in den Organen der Zollwucherpartei über die „gewissenlose Fekerei der Sozialdemokraten“, dann aber in der großartigen Beteiligung aller Volksschichten an der von unserer Partei in Szene gesetzten Massenpetition gegen die beschlossenen Zollerbhöhungen und besonders gegen die Wucherzölle auf die wichtigsten Lebensmittel.

Am 23. November vorigen Jahres war der neue Zolltarif-Entwurf dem Reichstage zugegangen und schon in der Nr. 282 des „Vorwärts“ vom 3. Dezember 1901 fand sich folgende Bekanntmachung:

Der Millionenprotest gegen den Wucher- und Hungertarif wird heute dem Reichstag zugehen. Die etwa fünfzehn Zentner wiegenden Petitionsbullen werden mit folgendem Anschreiben dem Reichstagsbureau überliefert werden:

Der unterzeichnete Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages beehrt sich, anbei eine laut liegendem Verzeichniß mit

3 431 784 Unterschriften

versehene, gegen jede Erhöhung der Lebensmittelzölle gerichtete Petition ergebenst zu überreichen.

Berlin, 3. Dezember 1901.

Uuer. Bebel. Meister. Pfannkuch. Singer.

An den Reichstag, Berlin.

Noch nie, seit Bestehen des Reichstages, ist demselben eine Massenpetition mit so zahlreichen Unterschriften zugegangen. Neben dieser gewaltigen Thätigkeit im Kampfe gegen die Wucherpolitik wurde aber die propagandistische Arbeit auf anderen Gebieten keineswegs zurückgestellt. Besonders energisch beteiligten sich unsere Genossen im verflochtenen Winter an der von den gewerkschaftlichen Organisationen vorgenommenen Arbeitslosenzählung und bekundeten so an einem praktischen Beispiel die Solidarität der politischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Der mit der Arbeitslosenzählung verfolgte Zweck, die öffentliche Aufmerksamkeit auf diesen Uebelstand zu lenken und Staat und Kommune zu veranlassen, durch Bereitstellung von Mitteln die Beschäftigung der Arbeitslosen zu ermöglichen und so großem Elend und Hilflosigkeit zu steuern, fand auch nachdrücklichste Unterstützung seitens unserer Parteivertreter im Reichstage und in den einzelnen Landtagen und in den Kommunalvertretungen.

Diese Schärfung des bürgerlichen Gewissens dem zahlenmäßig aufgedeckten Nothstand gegenüber, wurde von einem Theile der bürgerlichen Presse zwar mit dem üblichen Gejammer über „demagogische Fekerei“ beantwortet, vielfach wurde aber doch zu mehr oder minder praktischen Auskunfts-mitteln gegriffen und damit der Nothstand, wie wir ihn gelegentlich früherer allgemeiner Arbeitslosigkeit kennen gelernt haben, in etwas gemildert.

Die sozialdemokratische Mehrheit in der Offenbacher Stadtverordneten-Versammlung bewilligte unter tumultuösem Widerspruch der bürgerlichen Minorität in zwei Raten 80 000 Mark zur Beschäftigung Arbeitsloser.

Daß auch sonst die Agitations- und Aufklärungsarbeit in unermüdetster Weise betrieben wurde, beweist ein Blick in den Annoncenbeil unserer Parteipresse auf die dort angezeigten Versammlungen. Wenn trotzdem immer wieder Klagen darüber laut werden, daß der oder jener gewünschte Redner nicht nach diesem oder jenem Orte gekommen ist, so werden diese Beschwerden wohl auch niemals verstummen, obwohl ihnen eine sachliche Berechtigung nicht zuerkannt werden kann. Die Zahl der Orte, in denen der oder jener bekannte Parteiredner noch nicht gesprochen hat, ist zu groß, als daß all' den in dieser Beziehung laut werdenden Wünschen auch nur annähernd nachgekommen werden könnte.

Daß auch im abgelaufenen Parteijahre unserer agitatorischen Thätigkeit von den öffentlichen wie privaten Ge-

Leib Weihnachtstuchen und sein Kind.

Erzählung von Karl Emil Franzos.

I. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Vor allem dieser Anblick war's, der den Janko zu einem für ihn schweren Entschluß brachte.

Nächst dem Juden war ihm der Pope der verhassteste Mann im Dorfe, schon jenes Laufwisches wegen, aber auch weil der hochwürdige Vater Jephrem täglich von Mittag ab betrunken war. Nun ging er zu ihm hin und bestellte um zwei Zwanziger eine Messe „für das Leben eines Kranken“.

„Schön!“ sagte Jephrem. „Er wird gesund!“

„Auch wenn es ein Jude wäre?“ fragte Janko.

„Nein!“ rief der Hochwürdige, befand sich aber sofort.

„Auch dann, nur dauert's dann länger! verfehlt du? natürlich!“

„Auch kostet es dann drei Zwanziger!“

Es kam so, wie der Hochwürdige versprochen. Leib

Weihnachtstuchen wurde gesund, nur dauerte es etwas

lange.

Als Janko hörte, daß der Kleine wieder in der Schänke

sitze, ließ er den Vater durch die Knechte heim schleppen,

er vermied die Begegnung. „Wozu?“ dachte er. „Am Ende

giebt's Streit! Und wie wird er mich nun ohnehin bei allen

anschwärzen!“

Aber damit kam's anders, so ganz anders, daß es der

Jüngling zunächst gar nicht fassen konnte. Da trat bald der

eine, bald der andere auf ihn zu: „Du, ich habe dir Unrecht

gethan, der Leibto sagt ja, daß du daran unschuldig warst.“

Selbst Fritzto bestätigte es in seiner Art: „Du gehst ewig

herum, als hättest du Würmer gefressen, du Wechselbalg,

gönnt deinem alten Vater kein Schlüßchen, aber ein Rörder

wenigstens bist du nicht!“

„Wie ist das möglich,“ dachte Janko, „der Jude lügt ja zu meinen Gunsten. Dahinter steckt was!“ Und als er eines Morgens an der Schänke vorbeiging, trat er ein, von einer seltsamen Empfindung getrieben, von Trost, Reue und Dankbarkeit zugleich.

Er war etwas bleich, als er eintrat, aber noch bleicher wurde der Jude bei seinem Anblick. Dann fragte er zitternd, ob der Pan Janko vielleicht ein Gläschen befehle.

„Dein Gift brauch' ich nicht!“ stieß dieser hervor. „Aber wissen will ich, warum du so lügst?! Du bist ja meinem Hieb ausgewichen, ich bin an deinem Unglück schuldig!“

„Warum — — ?“ fragte der Jude erschreckt. „Verzeiht, Pani Janko, es wa ja gut gemeint!“

„Eben darum! Das verdien' ich nicht!“

Nun verstand ihn erst der andere. „Laßt das meine Sorge sein,“ sagte er mit seinem traurigen, demüthigen Lächeln. Und erst, als Janko in ihn drang, meinte er: „Das ist nicht so leicht gesagt. Erstens, was nützt es mir, wenn ich mich an Euch räche? Sind dadurch die sechs Wochen Krankheit ausgedehnt und kann ich dadurch plötzlich gesund sein, als ich leider jetzt bin? Und dann, wer bin ich? Ein armer, schwacher Jud: Und Ihr seid ein starker Christ! Ihr hasset mich ohnehin, soll ich Euch reizen, daß Ihr mich am Ende tödtet? Dann kämet Ihr ins Criminal, Pani Janko, aber davon könnten mein Weib und Kind nicht satt werden. Aber auch die Furcht allein war's nicht, sondern daneben — —“ Er stockte. „Aber Ihr werdet böse werden, wenn ich das sage!“

„Nein, spricht nur!“ Unwillkürlich hatte der Jüngling die Form seiner Unrede geändert.

Es war . . . Also . . . Ich bin ein unglücklicher Mensch, Pani Janko, ewig die Noth, und Jeder tritt auf mir herum, aber ich hab' doch mein Weib und meine Miriam . . . Ich kenn' einen im Dorfe, der . . .

„Da irt Ihr Euch!“ rief der Jüngling heftig. Und

troß seines Versprechens fuhr er zornig fort: „Ich brauch' Euer Mitleid nicht . . . Ich werde noch einmal die Wirthschaft aufrichten!“

Der Jude schüttelte den Kopf. „Das werdet Ihr nicht, Pani Janko!“

„Warum nicht?!“ rief dieser. „Weil du dem Vater zu viel Gläschen einschenkst und zu viel Beschlohn zwischen hier und Halciz hin und her trägst!“

Der kleine Mann wich zurück, sein blaßes Antlitz röthete sich. „Bei Gott dem Gerechten!“ rief er, „da thut Ihr mir Unrecht!“

„Ich hab' nie ermuntert, immer abgehalten. Freilich, ich schänke Schnaps, vermittle Geschäfte! Aber wenn nicht ich, da thut's ein anderer! Und ferner: Geld — Schnaps — beides Gift, sagt Ihr, es richtet die Leute zu Grunde. Aber dann ist das Messer in Eurem Gürtel da auch Gift, denn man kann sich damit den Hals abschneiden. Ihr gebraucht es fürs Brod, wohl Euch — aber das Messer wäre auch an Eurem Tod nicht schuldig! Freilich, gefährlich sind alle drei, Geld, Schnaps und Messer. Aber was red' ich da — Ihr versteht mich doch nicht!“

Nein, Janko verstand ihn nicht, wenigstens nicht ganz. Aber so viel begriff er doch: er hatte diesem Menschen Unrecht gethan. „Im . . . das mit dem Messer . . .“ murmelte er verlegen und fragte dann: „Warum glaubt Ihr, daß ich die Wirthschaft nicht wieder in Ordnung bringe?“

Der Jude zuckte die Achseln. „Was weiß ich?“ murmelte er. „Ist es meine Wirthschaft? Vielleicht irre ich mich!“ Und mehr war auch nicht aus ihm herauszubringen.

Diesmal nicht, wohl aber im Lauf der Zeit. Denn Janko kam wieder, immer häufiger, bis er endlich im nächsten Winter fast täglich in der Schänke saß. Die Leute staunten darüber, denn er trank auch nun keinen Tropfen. Noch weniger freilich begriffen sie es, warum Leib mit diesem Gaste, der ihm nichts zu verdienen gab, die Zeit ver-

trödelte.

walken alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt wurden, bedarf wohl kaum des besonderen Hervorhebens. Versammlungsverbote aus den wichtigsten Gründen und Versammlungsauflosungen unter vollständiger Nichtachtung der begünstigten gesetzlichen Vorschriften sind alltägliche Erscheinungen. Beschwerden gegen diese Willkür, wenn die Genossen es der Mühe werth hielten, solche zu erheben, haben zwar in einzelnen Fällen Erfolg gehabt, aber in der Regel erfolgten die Entscheidungen der oberen Instanzen so spät, daß der mit dem Verbot oder der Auflösung angerichtete Schaden dadurch nicht mehr verhindert ward. Wie wenig ernst gemeint in vielen Fällen aber die unteren Behörden die Entscheidungen der oberen Instanzen nehmen, beweist der Umstand, daß dieselben Organe der Staatsgewalt bei nächster Gelegenheit sich nicht scheuen, gegen unsere Versammlungen und Redner in derselben unzulässigen Weise wieder vorzugehen, wegen der sie erst gerügt worden sind. Die Ansicht ist eben weit verbreitet, daß beim schneidigen Vorgehen gegen die Umstürzler man sich um die Zwirnsfäden der gesetzlichen Vorschriften nicht viel zu kümmern brauche.

Neben den direkten Verböten hat man unsere Agitation besonders durch das Mittel der Saalabtreiberi und der Einschüchterung der Lokalbesitzer zu beeinträchtigen ver sucht. Ein sehr beliebtes Mittel, unseren Genossen die Lokale für ihre Versammlungen abzutreiben, ist auch die Verhängung des Militärboykotts. Dabei wäre es ein Irrthum, anzunehmen, daß dieser Boykott etwa nur Sittlichkeit für das aktiv im Dienste stehende Militär hat. Derselbe erstreckt sich auch auf die Mitglieder der Kriegervereine, so daß er sich wirksam zeigt selbst an Orten, wo gar kein Militär vorhanden ist. Die Vernichtung jedes männlichen Unabhängigkeitsgefühls, wie sie das nothwendige Ergebnis des militärischen Drills sein muß, wirkt im bürgerlichen Leben noch so sehr nach, daß die in Kriegervereinen verbundenen ehemaligen Soldaten sich vorschreiben lassen, welche öffentlichen Lokale sie besuchen dürfen und welche nicht. Besonders wird diese Praxis im Königreich Sachsen geübt, wie denn die dort herrschende Reaktion überhaupt nur ihre Erklärung in der unglaublichen politischen Feigheit weitest bürgerlicher Kreise findet.

(Fortsetzung folgt.)

Der sechste Verbandstag der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

erlebte Freitag die Anträge, welche Unterstüzungen der Opfer der Kaiserfeier verlangten. Erich ersuchte, die Sache so zu regeln, wie dies bei den Metallarbeitern geschehen ist, vorausgesetzt, daß die Arbeitslosen-Unterstützung in der Abstimmung Annahme finde. Dadurch kämen derartige Unterstüzungen auf das Konto dieses Unterstüzungs zweiges. Außerdem sei doch jedem anempfohlen, nur zu feiern, wo dies ohne große wirtschaftliche Schäden geschehen könne. Die Gewerkschaften hätten keine Veranlassung, weiter zu gehen, als die Veranstalter der Kaiserfeier, die politische Partei, gehe. Die Debatte darüber bewegte sich fast durchgängig im selben Sinne. Der Beschluß des Verbandstages in dieser Sache ging dahin, daß infolge der Kaiserfeier Gemäßregelungen vom dritten Tage der Maßregelung an Arbeitslosen-Unterstützung erhalten sollen. Namentlich kam man zum Punkt 4: Statutenberathung. Zu einer recht anregenden Auseinandersetzung gaben eine Anzahl Anträge Anlaß, die eine Erhöhung der Beiträge in verschiedener Höhe verlangten und zum Theil auch den Wegfall aller Extrastauern bezweckten. Die Abstimmung über die Beitragserhöhungen hatten folgenden Resultat: Zunächst wurde beschlossen, daß bei Annahme der Arbeitslosen-Unterstützung die Zahlstellen 20 Proz. der Einnahmen verbleiben; bei Ablehnung dieser Unterstützung tritt eine Erhöhung dieses Prozentsatzes auf 25 ein. Weiter wurde für diesen Fall noch der Eventualbeschluß gefaßt, den Beitrag für männliche Mitglieder von 15 auf 20 Pfennig, und für weibliche Mitglieder von 7½ auf 10 Pfennig zu erhöhen, wobei die Streik- und Extrastuern in Wegfall kommen. Die Beitragserhöhung beginnt mit dem 1. April 1903. Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung wurde festgestellt, daß unter Aufhebung eines gefaßten Beschlusses als beschlossen gilt, daß bei Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung der Beitrag für männliche Mitglieder 25 Pf. und für weibliche Mitglieder 15 Pf. pro Woche beträgt unter Beibehaltung der jetzigen Streik- und Extrastuern. Abends wurde in der Statutenberathung fortgefahren. Den Zahl-

stellen wurde die Ermächtigung erteilt, unter Zustimmung des Hauptvorstandes Extrastuern einzuführen, jedoch unter Ausschluß für Zwecke betr. Gründung von örtlichen Unterstüzungskassen. Bei Verweigerung dieser Extrasträge kann Ausschluß erfolgen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen: Während nachgewiesener Arbeitslosigkeit, sowie bei arbeitsunfähigen Kranken ruht die Beitragspflicht für drei Monate, in besonderen Fällen kann Beitragsbefreiung auf Antrag eines Mitgliedes durch den Vorstand für sechs Monate gewährt werden. Invalide Mitglieder sollen einen Beitrag von 10 Pf. bezahlen und dafür den „Proletarier“, Umzugsgeld, Sterbegeld und Rechtsschutz erhalten. Die Gemäßregelungen-Unterstützung soll 13 Wochen gewährt werden. Dem Vorstand ist freie Hand gelassen, bei Mitgliedern, welche eine besonders rege Verbandsthatigkeit entfalten haben und gemäßregelt werden, Ausnahmen zu machen. Die Bestimmung, daß der Kassirer 150 Mark Kautions zu stellen hat, wird gestrichen. Die Delegirtenwahl zu den Verbandstagen soll in Zukunft so erfolgen, daß Zahlstellen von 500 Mitgliedern einen Delegirten wählen können. Orte, an denen mehr wie 500 Mitglieder sind, können nur auf je 800 weitere Mitglieder einen Delegirten mehr wählen; kleinere Zahlstellen werden zu Wahlkreisen von 500 Mitgliedern vereinigt. Zum Streikreglement lagen verschiedene Anträge vor, die Streikunterstützung schon vom ersten Tage an zu zahlen, was vom Vorstand als unmöglich erklärt wurde, da hierzu die finanziellen Mittel nicht ausreichen. Die Debatte über diesen Punkt war eine recht lebhafte und endete schließlich damit, daß der Antrag auf Gewährung der Streikunterstützung vom ersten Tage ab mit 32 gegen 27 Stimmen abgelehnt, dagegen ein Antrag angenommen wurde, die Streikunterstützung nach Ablauf der drei ersten Werktage zu zahlen.

Soziales und Partelleben.

Streiks und Lohnbewegungen. Gleich wie in Köln sind auch in Barmen die Maurer in den Ausstand eingetreten, nachdem die Meister ihre Forderungen, Einführung der 10stündigen Arbeitszeit und ein Stundenlohn von 48 Pf., scharf abgelehnt haben. Bisher stehen etwa 400 Mann im Streik. — In Böhmenfeld bei Elberfeld haben die Maurer gleichfalls die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen den in Elberfeld üblichen Stundenlohn von 46 Pf. — Der Maurerstreik in Köln nimmt bis jetzt einen günstigen Verlauf. 51 Unternehmer, die zusammen wenigstens 150 Bauten in Arbeit haben, bewilligten die Forderungen. Von den Bauhilfs- und Erdarbeitern sind 600 im Ausstand. Eine Anzahl, die noch nicht genau festgestellt werden kann, arbeitet zu den geforderten Bedingungen. Die Aussichten der Streikenden werden als sehr günstig bezeichnet. — In Weisenfeld dürfte es wahrscheinlich zu einem Ausstand der Schuhschmacher kommen. In zwei dortigen Schuhfabriken bestehen Differenzen, Verhandlungen zur Beilegung derselben hatten keinen Erfolg. Bei der Firma Fischer haben sämtliche Handwerker gesündigt.

Die Lederarbeiter (Gerber) in Görlitz haben durch gütliche Vereinbarung mit den Unternehmern eine Erhöhung des Wochenlohnes von 17 Mk. auf 18 Mk. erreicht.

Wegen Bedrohung und Verurtheilung hat das Schöffengericht in Braunschweig den Geschäftsführer der dortigen Filiale des Bauarbeiter-Verbandes zu einer Woche Gefängniß verurtheilt. Das angebliche Vergehen bestand darin, daß der Verurtheilte während des Streiks zwei Arbeiter auf einen Versammlungsbeschlusse aufmerksamer machte, wonach sie auf dem betreffenden Bau nicht arbeiten durften. Der Angeklagte soll dabei die Worte gebraucht haben: Ihr sollt und dürft hier nicht arbeiten, denn hier sind Streikbrecher beschäftigt. In diesen Worten wurde die Drohung gefunden. — Wüßten das aber zartbesaitete Naturen sein, die sich durch solche Aeußerung bedroht fühlen können!

Der Juntzopf. Der Polizeipräsident in Berlin hat das Eruchen der Malerinnung, bei Ausstellern von Invalidenkarten nur dann deren Zahler als „Gefellen“ oder „Schiffen“ zu bezeichnen, wenn er die Gesellenprüfung abgelegt hat, abschlägig beschieden. Die Ablehnung ist umso insofern von Bedeutung, als anderwärts Innungen und Handwerkskammern mit gleichen Anträgen Erfolg hatten.

Die Mitglieder der Kinderorganisation „Enfants du peuple“ (Kinder des Volkes), eine Sektion der

„Booruit“-Genossenschaft in Gent (Belgien) befinden sich gegenwärtig auf einer Studienreise nach dem Jura und werden auf ihrer Rückreise die Schweiz besuchen. Es sind Kinder von Genossen, Arbeitern, die im Sinne des Sozialismus erzogen werden und unter Führung des Chefredakteurs des „Booruit“ diese Reise machen. 40 andere Kinder hat man für 5 Tage ans Meer geschickt. In Paris wurden die Kinder auf dem Bahnhof von den Führern der sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisation empfangen und zogen, die Friedensmarzellaise singend in die französische Hauptstadt ein.

Aus Nah und Fern.

Ein fruchtbarer Weinstock. In Hohenruppersdorf bei Pyrawarth in Niederösterreich befindet sich am Hause Nr. 107 ein Weinstock, der gegenwärtig 1840 Trauben trägt. Er ist von Mannesarmstärke und ragt im Hofe des bezeichneten Hauses bis zum Dache hinauf.

In der Lechlinger Forst steht ein Erinnerungsstein, welcher die Inschrift trägt: „Die deutsche Befreiung von Kautschou erfolgte am 14. November 1897, der Karolinen und Marianen am 12. Oktober 1899, von Samoa am 1. März 1900. Einnahme der Taku-Forts 17. Juni 1900. Einnahme Pekings 15. August 1900. Unterzeichnung des Friedensschluß-Protokolls 7. September 1901.“ — Dieser Erinnerungsstein weltpolitischer Thaten, der auf Befehl des Kaisers errichtet worden ist, enthält einen gewaltigen historischen Irrthum. Die Inschrift spricht von einer Befreiung Kautschous, während doch nach den Erklärungen der Regierung Kautschou nur auf 99 Jahre von China gepachtet worden ist. Wer mag wohl der Urheber dieses eigenartigen Irrthums sein?

Eine Cholerafatastrophe. Das „Neuerliche Bureau“ in London hat von der Fürstin von Sarawak Details über eine furchtbare Katastrophe erhalten, welche einem Strafzuge zufiel, der jüngst von Radschah Sir Charles Brooke gegen drei Engländer, darunter Mr. Bynerbrooke, dem Thronerben, befehligt war, wurde auf dem Marsche nach dem Schauplatz der Operation plötzlich von der Cholera überfallen. Ueber tausend Mann oder ein Zwölftel der Expedition erlagen der Seuche. In ihrem Kommentar über die Heimjuchung sagt die Fürstin von Sarawak: „Ich kann mir denken, wie sie herbeigeführt wurde. Einige Krankheitsfälle stellten sich am ersten Abend der Reise ein, aber jedermann hoffte, daß es nichts Schlimmeres sei, als das gewöhnliche Fieber oder heftige Ruhr. Am nächsten Tage setzte die ganze Mannschaft ihren Marsch fort, allein während des ganzen Weges folgte die grausame Plage den Mannschaften und griff sie hier und da an. Zwischenzeitlich trat die kleine Schaar von Engländern während dieser fürchterlichen Tage und Nächte alles, was in ihrer Macht stand, um die Kranken zu pflegen und die noch Gesunden zu ermuntern und den Vorstoß, koste es was es wolle, fortzusetzen.“ — Die Rückreise muß ein gräßlicher Anblick für diese drei Männer gewesen sein. Die Ströme waren mit den Leichen von Tausenden ihrer Kameraden geradezu überfüllt.

Stille Lynchjustiz. Eine Art stiller Lynchjustiz scheint an dem bekannten schiefwüthigen Freiherrn v. Stietenron auf Niederweiler bei Saarburg, der durch die Erschießung eines italienischen Arbeiters auf seinem Gute im vergangenen Jahre vor ein Kriegsgericht gestellt, von diesem aber freigesprochen wurde, vollzogen worden zu sein. Der Herr scheint jetzt dem Druck der öffentlichen Meinung zu folgen, indem er seine bis herige Heimath verläßt. Sein Gut, aus Schloß und Waldungen bestehend, wird nächster Tage für den Preis von 450 000 Mk. in andere Hände übergehen. Den armen Hinterbliebenen des Erschossenen hat der reiche Freiherr keinerlei Entschädigung erwiesen!

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez Verlag) ist soeben das 46. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor:

Der Kriesenstreik der galizischen Bauern. Von S. Haeder (Krautau). — Zur Frage der Proporzionalwahl. Von Gustav Hoch. — Zur Schulfrage. Von J. Witt, Lehrer in Brüssel. — Feuilleton: Maurice Maeterlinck. Von Henriette Roland Holst.

„Weil sie dich hier so gern haben!“ rief der Jude.

„Wen hast du hier?“

„Mein Erbe! Und dich! Und dann — siehst du! ich habe mich so daran gewöhnt — mir fehlt etwas, wenn ich dein liebes Kind nicht lachen höre!“

„O du Narr!“ rief Leib. Aus der Ecke aber kam die kleine Miriam hervorgerührt, das sonst so fröhliche Gesichtchen von Thränen überströmt und rief schluchzend: „Leib, Janko, ich hab' dich so lieb! Und sonst spielt niemand mit mir!“

Und so wurde der Vertrag unterschrieben.

Aber er wurde auch eingehalten. Monat für Monat konnte Leib dem Herrn die fällige Rate überbringen. „Mir scheint“, sagte Herr v. Paterzki argwöhnisch, „du holst es beim Armenier oder gar beim Erdkugel; diese elenden Menschen arbeiten ja jetzt, mir zum Trost, zu neunzig Prozent!“ Er irrte, Janko brachte das Geld selbst auf, durch gute Ernten begünstigt, aber doch unter unsäglichen Mühen. Kein Anecht hätte sich so nähren, so kleiden mögen; selbst die Hütte war an den Hilsaprediger vermietet, den Vater Jephrem bezahlen mußte, weil er selbst jetzt nur noch in aller Frühe nüchtern war. Janko schlief Sommers und Winters im Stall. Und so gearbeitet hatte noch Niemand in Binsowce; Morgens war er mit den Hühnern auf und sank erst spät Abends auf das armselige Lager. „Unsere Hunde haben's besser“, sagten die Nachbarn verächtlich, denn sein Thun erschien ihnen nicht bloß eines Hofbesizers unwürdig, sondern auch thöricht: wie konnte ein Mensch seinem Schicksal entgehen wollen?! Nur die Mitleidigsten fragten zuweilen auch: „Wie kann man ein solches Leben ertragen?“

(Fortsetzung folgt.)

Ja der That begriff das der Jude manchmal selber nicht. Janko kam zu ihm, weil er allmählich das Gleichniß vom Meiser verstanden, den Haß, der ihn wie eine jüde Idee von Kindesbeinen beherrschte, abgestoßen hätte, weil er hier erfuhr, wie es um ihn steh, und berathen konnte, wie das Verhängniß noch abzuwenden sei. Aber Leib?! „Vielleicht mach' ich noch einmal Geschäft mit ihm!“ jagte er sich und jeng Web zu beschuldigen, denn er wagte ja: nach des Vaters Tode war dieser Mensch ein Bettler; jetzt ihm das Web gestohlen war, trieb es der Hirtlo wohniglich noch wüßer. Und die Wahrheit, daß es aus Mitleid geschah, wagte sich der Jude kaum eingestehen; kurz er, der arme Mann, so viel Zeit verschwendet?! Da erja er sich lieber gleich noch einen Grund, der zum zündenden wahr war: „Und er ist so fremdlich zu dem Kind!“ In der That war die kleine, damals zehnjährige Miriam das einzige Wesen, das den häßlichen Menschen zum Lächeln bringen konnte, und wogendens konnte er sich mühen, bis er ihr mit ausgetriebener Hand ein neues Spielzeug angefertigt hatte. Denn etwas zu kaufen, fehlte ihm das Geld. „Wie ich's habe!“ sagte er, und Leib lächelte gütlich und dachte: „Auf Erden nicht, vielleicht im bessern Leben!“

Im nächsten Frühling — der Jüngling war damals einundzwanzig Jahre alt — nach Hirtlo, wo er gelebt: in der Schänke. Die drei Kaugerz sagten die Wechsel ein, der Termin der Heiligung wurde angelegt, angelegt war nur, welcher von ihnen den Hof erheben werde. Bergelich bei Leib in Jankos Ansting vom Erdmann zum Armenier, vom Armenier zum Juden, Schöner zu erstehen.

Da begab sich ein Wunder; gerade der Schönerste von ihnen, Herr von Paterzki, warj eines Tages den Juden nicht, wie gewöhnlich, gleich hinaus, sondern hielt ihn an und sagte dann: „Wenn der Janko wirklich ein so fleißiger

Mensch ist, so laßt's ich ja mit ihm versuchen. Schick' ihn mir!“ Wie hat ein Mensch in Binsowce den Weg vom Gutshof so rasch zurückgelegt, als damals Leib mit seinen kurzen, krummen Beinen.

Auch Janko war betäubt von dem unerwarteten Glück und schloß sich wohl zum ersten Mal im Leben fest, als ihn der Edelmann sagte: „Wohl, ich will das Gut für dich zu halten suchen.“ Aber das Wunder klarte sich sehr natürlich auf, als er seine Bedingungen kund gab; er wollte offenbar nur die Kosten des Kaufvertrages sparen, das Gut ohne Aufwand in bessern Stand bringen lassen, denn die großen Zinsen und Amortisationen, die er vorschrieb, ließen sich nach menschlicher Voraussicht nicht aus dem verwahten Armenien herauszahlen, und hielt Janko eine einzige Rate nicht ein, so war alles verloren.

Der junge Bauer verstand das nicht, um so klarer der kleine Jude. Verfürt schlich er näher und flehte den Jüngling an, nicht zu unterschreiben.

„Ich bin ja ein Narr, daß ich abtrathe!“ jammerte er. „Drei Gulden verprieht mir Paterzki für das Geschäft, zwei Gulden wenigstens wirst du mir geben — fünf Gulden sind ja ein Vermögen! Und unterschreibst du nicht, so will er mich aus der Schänke jagen. Aber grad das hat mir die Augen geöffnet! Geh' lieber als Anecht in die Fremde, du bist tüchtig, bekommst guten Lohn, heiratest vielleicht eine Erbhöcker — und wenn auch das nicht, weil du leider gar so häßlich bist — alles besser, als dieser Vertrag. Mit mir mag geschehen, was Gott will — hat Er mich einen solchen Narren werden lassen, so muß Er mich auch verjagen!“

Aber Janko blieb dabei, es werde schon glücken, unter Zwende wolle er nicht.